

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage Nr. 3684
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/9358

Giftmüllentsorgung in Biogasanlagen

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 3684 vom 18.07.2014:

In Niedersachsen ermittelt die Staatsanwaltschaft Osnabrück derzeit gegen Betreiber von Biogasanlagen in mehreren Landkreisen und eine niederländische Entsorgungsfirma, die im Verdacht stehen, illegal giftige Sonderabfälle in Biogasanlagen verwertet zu haben. Ob die verseuchten Gärreste anschließend auf Äcker gelandet sind und giftige Chemikalien in die Umwelt gelangt sind, ist bisher nicht geklärt. Der Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages beschäftigte sich erst kürzlich mit dem Thema, es wurden Schwachstellen in der Überwachung der Stoffströme bei Biogasanlagen offensichtlich. Nur ganz grober Missbrauch könne erkannt werden, teilte der Referatsleiter des zuständigen Ministeriums mit.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Anforderungen im Umgang mit Gärsubstraten bzw. Gärresten bestehen in Deutschland bzw. in Brandenburg?
2. Welche Eingangskontrollen finden vor Verwertung von Gärsubstraten in den Brandenburger Biogasanlagen durch wen und in welchem Turnus statt? In welcher Form werden die Ergebnisse dokumentiert und sind diese öffentlich einsehbar?
3. Welche Ausgangskontrollen der Gärreste von Biogasanlagen finden in Brandenburg durch wen und in welchem Turnus statt? In welcher Form werden die Ergebnisse dokumentiert und sind diese öffentlich einsehbar?
4. Was sind zusammengefasst die Ergebnisse der Eingangs- und Ausgangskontrollen der letzten fünf Jahre? Wurden in Brandenburg bereits illegale Müllentsorgungen in Biogasanlagen festgestellt? Wenn ja, für welche Biogasanlagen war dies der Fall und was waren die Konsequenzen? Konnte bereits eine Ausbringung von giftigen Gärresten auf Ackerflächen festgestellt werden? Wenn ja, wo?
5. Welche Kontrollfunktion übernehmen das Land bzw. die Landkreise bei der Verwertung von Gärsubstraten bzw. Gärresten?
6. Hält die Landesregierung die bisherigen Kontrollen für ausreichend, um Vorkommnisse wie in Niedersachsen zu verhindern? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
7. Was wird die Landesregierung tun, um Schwachstellen in der Überwachung zu schließen?
8. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung als geeignet und notwendig an, um Giftmüllentsorgungen in Brandenburger Biogasanlagen zu verhindern?

9. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, dass Betreiber von Biogasanlagen von jeder Lieferung eine Rückstellprobe nehmen sollen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Welche Anforderungen im Umgang mit Gärsubstraten bzw. Gärresten bestehen in Deutschland bzw. in Brandenburg?

Zu Frage 1: Die Anforderungen zum Umgang mit Gärsubstraten (Ausgangsstoffen) bzw. Gärresten regeln in der Bundesrepublik Deutschland (DE) die Düngemittelverordnung (DüMV), die Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdüngern (WDüngV), die Düngeverordnung (DüV) und die Bioabfallverordnung (BioAbfV). Für den Fall, dass tierische Nebenprodukte (Gülle, Schlachtabfälle, überlagertes Kleintierfutter u.a.) vergoren werden, sind gesonderte Zulassungen erforderlich und es kommt das tierische Nebenprodukterecht zur Anwendung. Dieses ist durch DE zu vollziehen und unterliegt den europarechtlichen Bestimmungen der Verordnung (EG) über tierische Nebenprodukte, der Verordnung (EU) zur Durchführung der Verordnung (EG) über tierische Nebenprodukte und Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz. Es findet seine Ergänzung durch die Tierische Nebenprodukt-Beseitigungsverordnung (TierNebV). Wasserrechtlich werden Gärsubstrate und Gärreste als wassergefährdende Stoffe eingestuft. Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen werden im Bundesrecht in den §§ 62 und 63 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und im Landesrecht in der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) geregelt. Dabei wird unterschieden zwischen Anlagen in denen nur Jauche, Gülle und Silagesickersäfte sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe vergoren werden und Anlagen, in denen auch sonstige organische Abfälle vergoren werden. Während die Anlagen der letzten Kategorie den gleichen Anforderungen an Bau und Betrieb wie z. B. Anlagen der chemischen Industrie unterliegen (doppelwandige lecküberwachte Behälter, die regelmäßig durch unabhängige Sachverständige überprüft werden), gelten für Anlagen der ersten Kategorie Anforderungen analog zu Anlagen der Landwirtschaft für die Lagerung von Jauche, Gülle und Silagesickersaft (einwandige Behälter mit einer Leckerkennungsdränage).

Frage 2: Welche Eingangskontrollen finden vor Verwertung von Gärsubstraten in den Brandenburger Biogasanlagen durch wen und in welchem Turnus statt? In welcher Form werden die Ergebnisse dokumentiert und sind diese öffentlich einsehbar?

Zu Frage 2: Die Eingangskontrollen der Ausgangsstoffe sind vom Unternehmer oder Betreiber vorzunehmen. Dieser führt ein Register der Ein- und Ausgangsstoffe nach den jeweiligen rechtlichen Anforderungen. Er hat Handelspapiere, Deklarationen und Lieferscheine abzulegen und ggf. seinen Aufzeichnungs- und Meldepflichten nach der Verordnung über das Befördern und Inverkehrbringen von Wirtschaftsdünger gegenüber dem Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) nachzukommen, wenn er Stoffe nach dieser Verordnung übernimmt (Empfänger). Das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) und das LELF kontrollieren die Register der Ein- und Ausgangsstoffe im Rahmen ihrer Überwachung stichprobenartig. Das LELF kontrolliert Eingangsstoffe bei Anlagen mit Kofermenten. Weiterhin werden dem LUGV jährlich Entsorgungsberichte der Anlagen vorgelegt, in denen die

Jahresmenge von In- und Output der Anlage, untergliedert nach Abfallschlüssel, dargestellt wird. Die Ergebnisse der Prüfung durch das LUGV werden protokolliert und in den Akten des Landesamtes abgelegt. Eine Veröffentlichung findet nicht statt, aber jedermann hat das Recht, bei der Behörde Zugang zu diesen Umweltinformationen nach den Vorschriften des Umweltinformationsgesetz (UIG) zu erhalten. Bei größeren Biogasanlagen, die unter den Geltungsbereich der EU-Richtlinie über Industrieemissionen fallen (IED-Anlagen), wird gem. § 52 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ein Bericht über die vorgenommenen Vor-Ort-Kontrollen im Internet veröffentlicht.

Frage 3: Welche Ausgangskontrollen der Gärreste von Biogasanlagen finden in Brandenburg durch wen und in welchem Turnus statt? In welcher Form werden die Ergebnisse dokumentiert und sind diese öffentlich einsehbar?

Zu Frage 3: Das LELF in Frankfurt (Oder) führt als zuständige Behörde im Land Brandenburg die Überwachung des Inverkehrbringens von Düngemitteln durch. Es überwacht in diesem Zusammenhang auch Biogasanlagen, wenn die Verwendung der Gärreste als Düngemittel vorgesehen ist. Im Jahr werden durchschnittlich 40 Gärrestproben durch die amtliche Düngemittelkontrollstelle des LELF, Referat Ackerbau, Grünland, gezogen. Zusätzlich wird die sachgerechte Kennzeichnung der Gärreste gemäß DüMV Anlage 2 Tabelle 10 überprüft. Die Analytik der Gärrestproben erfolgt im Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB). In den letzten fünf Jahren wurden im LLBB 162 Gärrestproben untersucht (2013: 39, 2012: 35, 2011: 40, 2010: 25 und 2009: 23). Dabei werden die Nährstoffgehalte, der pH-Wert, die organische Substanz sowie die Schadstoffgehalte gemäß DüMV Anlage 2 Tab. 1.4 und die Salmonellenfreiheit nach § 5 der DüMV bestimmt. Die Ergebnisse der Düngemittelverkehrskontrolle werden jährlich im Bericht zur Überwachung des Inverkehrbringens von Düngemitteln der Länder Brandenburg und Berlin auf den Internetseiten des MUGV: (http://www.mugv.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/dmvmk_2013.pdf) veröffentlicht.

Frage 4: Was sind zusammengefasst die Ergebnisse der Eingangs- und Ausgangskontrollen der letzten fünf Jahre? Wurden in Brandenburg bereits illegale Müllentsorgungen in Biogasanlagen festgestellt? Wenn ja, für welche Biogasanlagen war dies der Fall und was waren die Konsequenzen? Konnte bereits eine Ausbringung von giftigen Gärresten auf Ackerflächen festgestellt werden? Wenn ja, wo?

Zu Frage 4: Eine Annahme und der Einsatz von nicht zugelassenen Abfällen in einer Biogasanlage wurden im Land Brandenburg nicht festgestellt. Es wurde auch nicht festgestellt, dass Gärreste erzeugt wurden, die die Grenzwerte der DüMV, BioAbfV und TierNebV überschritten haben.

Frage 5: Welche Kontrollfunktion übernehmen das Land bzw. die Landkreise bei der Verwertung von Gärsubstraten bzw. Gärresten?

Zu Frage 5: Den Vollzug der DüMV und WDüngV führt das LELF aus. Die Landkreise und kreisfreien Städte unterstützen das LELF beim Vollzug der WDüngV im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Vollzug der Düngeverordnung. Sie sind darüber hinaus für den Vollzug der VO (EG) Tierische Nebenprodukte und BioAbfV und TierNebV zuständig.

Frage 6: Hält die Landesregierung die bisherigen Kontrollen für ausreichend, um Vorkommnisse wie in Niedersachsen zu verhindern? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 6: Ja. Es bestehen umfassende rechtliche Regelungen, die im Rahmen der jeweiligen amtlichen Überwachung von den dafür zuständigen Behörden vollzogen werden. In Brandenburg arbeiten die jeweils zuständigen Behörden nach Düngerecht, Düngemittelrecht, Abfallrecht und Immissionsschutzrecht eng zusammen.

Frage 7: Was wird die Landesregierung tun, um Schwachstellen in der Überwachung zu schließen?

Zu Frage 7: Rechtliche Schwachstellen in der Überwachung bestehen nicht. Die amtliche Überwachung ist risikobasiert und anlagenbezogen ausgerichtet.

Frage 8: Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung als geeignet und notwendig an, um Giftmüllentsorgungen in Brandenburger Biogasanlagen zu verhindern?

Zu Frage 8: Die Entsorgung gefährlicher Abfälle unterliegt im Land Brandenburg den abfallrechtlichen Regelungen des Bundes (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG, Nachweisverordnung - NachwV) sowie des Landes (Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz - BbgAbfBodG, Sonderabfallentsorgungsverordnung - SAbfEV). Seit 1995 ist die SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH die zentrale Stelle für die Entsorgung gefährlicher Abfälle im Land Brandenburg. Als vom Land Brandenburg beliehene Gesellschaft nimmt sie die Steuerung der Entsorgung gefährlicher Abfälle wahr. Das in Brandenburg etablierte Kontrollregime für gefährliche Abfälle hat sich bewährt. Weitere Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Entsorgung gefährlicher Abfälle in Biogasanlagen werden als nicht notwendig erachtet.

Frage 9: Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, dass Betreiber von Biogasanlagen von jeder Lieferung eine Rückstellprobe nehmen sollen?

Zu Frage 9: Die in der Antwort zu Frage 1 genannte Bioabfallverordnung regelt Kontroll-, Untersuchungs-, Nachweis- und Dokumentationspflichten umfassend, so dass auf Grund der im Land Brandenburg vorliegenden Erfahrungen das Nehmen von Rückstellproben von jeder Lieferung nicht für erforderlich gehalten wird. Des Weiteren entscheiden die Betreiber in eigener Verantwortung, ob sie im Rahmen der internen und externen Qualitätssicherung zur Gewährleistung der Anforderungen an Gärsubstrate und Gärreste Rückstellproben nehmen.